

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Ulrich Singer

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Abg. Alfons Brandl

Abg. Markus Plenk

Abg. Christina Haubrich

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Ralf Stadler

Abg. Florian Ritter

Staatssekretär Klaus Holetschek

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)

Offenlegung der Entscheidungsgrundlage für die Durchführung der Coronamaßnahmen in Bayern (Drs. 18/10703)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Akzeptanz der Maßnahmen stärken - nachvollziehbare Entscheidungsgrundlagen ermöglichen (Drs. 18/10733)

Bevor ich die gemeinsame Aussprache eröffne, gebe ich bekannt, dass die AfD-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag betreffend "Offenlegung der Entscheidungsgrundlage für die Durchführung der Corona-Maßnahmen in Bayern" eine namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich weise Sie an dieser Stelle erneut darauf hin, dass namentliche Abstimmungen nur im Plenarsaal möglich sind. Es erfolgen jedoch, wie gewohnt, zwei Durchsagen, mit denen die namentliche Abstimmung angekündigt bzw. an sie erinnert wird.

Ich eröffne nun die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Singer, AfD-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es aktuell mit den größten Freiheitseinschränkungen für die Bürger in der Geschichte der Bundesrepublik zu tun, und das muss gut begründet sein. – Das sagt zumindest Gesundheitsminister Jens Spahn. Dem kann man nur zustimmen. Wie

begründen Sie also derart unverhältnismäßige Eingriffe in die Grundrechte der Bürger? –

(Zuruf)

Ich verrate es Ihnen: gar nicht.

(Zuruf)

Herr Söder und seine Minister sind nicht in der Lage und offensichtlich auch nicht willens, detailliert Auskunft darüber zu geben, wer sie berät und welche wissenschaftlichen Erkenntnisse zu diesen restriktiven Corona-Maßnahmen führen.

Im Rahmen einer Normenkontrollklage äußerte das Gesundheitsministerium unter Ministerin Huml, dass eine aktenmäßige Erfassung im Einzelnen nicht habe erfolgen können. Es gibt also keine Behördenakten. Man muss sich das einmal vorstellen: Die Ermittlung einer ausreichenden Tatsachengrundlage, auf deren Basis die massiven Grundrechtsbeschränkungen nachvollziehbar wären, gibt es nicht. Es gibt keine Behördenakten.

Auch der ehemalige Verfassungsrichter Hans-Jürgen Papier bestätigt, dass solch schwerwiegende Einschränkungen nur aufgrund belegbarer Tatsachen erfolgen dürfen. Der Gesetzgeber müsse auf jeden Fall die Maßstäbe seines Handelns offenlegen.

Verehrte Kollegen, Sie hatten jetzt viele, viele Monate Zeit und könnten nun endlich damit anfangen, Ihre Entscheidungsgrundlagen offenzulegen. Der Herr Ministerpräsident – schade, dass er jetzt nicht mehr hier ist – schreckt nicht einmal davor zurück, einem Kind Angst zu machen. Er sagte der kleinen Matilda sinngemäß, wenn sie sich nicht an die Maßnahmen halten würde, könnte das den Tod für die Großeltern bedeuten. – Das ist, finde ich, verachtungswürdig.

Die Anzahl der Tests wurde seit Juni massiv erhöht, um hier eine Plandemie herbeizutesten. Im Grunde haben wir jetzt aber nur deshalb höhere Fallzahlen, weil einfach

wesentlich mehr getestet wurde, wobei die Positivrate im Wesentlichen unverändert geblieben ist und bei durchschnittlich unter 1 % liegt.

(Zurufe)

Die Intensivbetten sind nicht einmal zu 2 % mit Corona-Patienten belegt. Wo sind denn die vielen kranken Menschen? – Positiv getestet heißt nicht automatisch infiziert, und infiziert heißt noch lange nicht krank.

(Beifall bei der AfD)

Gestehen Sie sich endlich ein, dass die Pandemie nicht mehr existiert. Selbst die WHO rudert inzwischen schon zurück, dass es sich bei Corona eben nicht um einen schrecklichen Killervirus handle und Lockdowns zu vermeiden seien, weil sie nur Armut verursachten.

Herr Söder stilisiert sich hier in Bayern als großer Krisenmanager. Tatsächlich wurde in Bayern aber der Stecker gezogen. Die Wirtschaft wurde vernichtet, Arbeitslosigkeit wurde erzeugt, und die Verfassung und unsere Grundrechte wurden mit Füßen getreten. Sie spalten die Gesellschaft in einem unerhörten Ausmaß.

(Zuruf: Das sagt der Richtige!)

Ich verspreche Ihnen eines: Sie und Ihresgleichen werden das zu verantworten haben; denn wer die Menschen verwirrt, wer sie ohne Grund in Unsicherheit, Aufregung und Furcht versetzt, betreibt das Werk des Teufels – Franz Josef Strauß.

(Beifall bei der AfD – Zurufe: Ah!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion auf.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Die Corona-Pandemie hat uns vor riesige Herausforderungen

gestellt. Entscheidungen, die die Freiheit eingeschränkt haben, mussten binnen kurzer Zeit und extrem schnell getroffen werden. Es ist nur menschlich und verständlich, dass es in diesem Zusammenhang zu Fehlern kommt.

Unabhängig davon muss der Rechtsstaat aber der Aufgabe nachkommen, solche Entscheidungen auch in schwierigen Situationen auf der Grundlage von nachvollziehbaren Informationen und Einschätzungen zu treffen. Dies zu dokumentieren, gehört zur Arbeit einer Exekutive, was aber wohl nur zum Teil erfolgt ist. Dieser Umstand wirft ein schlechtes Licht auf die Arbeit der Staatsregierung, und so etwas darf sich auf keinen Fall wiederholen. Aus diesem Grund müssen künftig Grundlagen für Entscheidungen, die die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die Corona-Pandemie einschränken, dokumentiert und der Öffentlichkeit kommuniziert werden.

Wie die AfD nun darauf zu bestehen, die Informationen, die offensichtlich nicht vorhanden sind, zu rekonstruieren, ist vergossene Milch. Abgesehen davon wird das am Geschehenen nichts ändern. Ich bitte Sie, unseren Antrag zu unterstützen, damit alle Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar und transparent informiert werden und die Akzeptanz für die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie erhalten bleibt.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es gibt eine Zwischenbemerkung, Herr Kollege. Herr Singer, Sie haben das Wort.

Ulrich Singer (AfD): Herr Kollege Spitzer, in Ihrem Antrag wollen Sie nur für künftige Einschränkungen eine nachvollziehbare und transparente Begründung hören und eine Dokumentation haben. Wie Sie aber doch gerade selber sagen, sind in der Vergangenheit schwere Fehler passiert. Menschen sind nicht an Corona, sondern wegen der Corona-Maßnahmen in Einsamkeit gestorben; hier wurde die Würde von Menschen massiv verletzt. Dafür brauchen wir eine Aufarbeitung; das muss dokumentiert werden.

Wir wollen auch wissen, was sich unsere Regierung dabei gedacht hat und mit wem sie gesprochen hat. Wer sind die Experten? – Da muss man doch auch in die Vergangenheit blicken. Sie brauchen dazu keinen eigenen Antrag einzubringen, schließen Sie sich unserem Antrag an.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Spitzer, bitte.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Herr Singer, Sie verwechseln die Dokumentationspflicht mit den getroffenen Entscheidungen und absolut notwendigen Maßnahmen; denn das sind zwei Paar Schuhe. Die getroffenen Maßnahmen waren im Einzelfall, wenn ich jetzt exemplarisch die Schließung von Altenheimen und die Nichtzugänglichkeit zu dieser Personengruppe heranziehe, vielleicht schwierig. Heute würde man versuchen, das zu verhindern, wobei das im Extremfall wieder notwendig werden könnte. Von daher waren die Entscheidungen in diesem Zusammenhang völlig richtig.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Alfons Brandl von der CSU-Fraktion.

Alfons Brandl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Während die Infektionszahlen und die Zahl der Patientinnen und Patienten, die beatmet werden müssen, überall in der Republik in die Höhe gehen, hat die AfD nichts anderes zu tun, als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für das Ministerium zu generieren.

(Zuruf)

Sie fordert Excel-Tabellen und insbesondere die Nennung von beteiligten Experten, klinisch tätigen Ärzten, Pathologen und Virologen. Aber konkrete Vorschläge, wie Bayern gut und sicher durch die Pandemie kommt, wie Menschenleben gerettet werden,

(Zuruf)

wie unser Gesundheitssystem gut gerüstet ist: Fehlanzeige.

(Zuruf)

– Ja, ich habe die zwanzig Punkte heute gehört; sie waren genial, unglaublich.

(Zurufe)

Genauso frage ich mich, was Sie mit diesen Fakten dann überhaupt wollen. – Fakten und AfD ist

(Zurufe)

doch ein Widerspruch in sich!

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Meine Damen und Herren, gerade heute und mit Blick auf die Zahlen ist anderes wichtiger als Tabellen.

(Zuruf)

Zum Thema Grundrechtseinschränkung der Freiheiten kann ich nur zitieren:

Man sieht nur mit dem Herzen gut. Das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar.

So darf ich aus "Der kleine Prinz" zitieren.

(Zurufe)

Ja, hört einmal richtig hin! Das persönliche Freiheitsrecht

(Zurufe)

hört da auf, wo das des anderen beginnt. Der Schwächste ist das Maß der Dinge. Jeder Erkrankte und Tote ist einer zu viel. Die Zahlen gehen exponentiell herauf, und die AfD will Controlling-Schleifen ziehen und betreibt Arbeitsbeschaffung für das Gesundheitsministerium. Ich zitiere aus dem AfD-Antrag:

Man kann also klar erkennen, dass es sich um eine künstlich erzeugte "Laborpandemie" handelt und überhaupt kein Grund für einen willkürlichen und blinden Aktionismus besteht, durch den die ganze Bevölkerung in Geiselhaft genommen wird.

Deutlicher kann man nicht sagen, dass man die Spaltung unserer Gesellschaft bewusst betreibt, indem man suggeriert,

(Zuruf)

die Entscheidungsbasis wäre falsch und alles nicht so schlimm. Wichtig ist es, entschieden zu handeln, und die Staatsregierung handelt. Die Staatsregierung handelt dabei nicht im luftleeren Raum. Den Maßnahmen der Staatsregierung zur Eindämmung der Pandemie liegen maßgeblich die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Robert-Koch-Instituts und des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit – LGL – zugrunde.

An Beratungen der Staatsregierung zur Eindämmung der Pandemie nahm der Präsident des LGL regelmäßig teil. Bei Entscheidungsprozessen waren darüber hinaus zum Beispiel auch der Ärztliche Direktor des Universitätsklinikums Großhadern, der Chefarzt der Klinik für Hämatologie der München Klinik Schwabing und der Geschäftsführer des Klinikums Starnberg eingebunden. Sie alle gehören zu den COVID-19-Experten der ersten Stunde im Freistaat.

Im Bereich der Pflege wurde ein Expertengremium zur Pandemieeindämmung in der Langzeitpflege einberufen. Darüber hinaus lässt sich der Ministerrat bei seinen Entscheidungen unmittelbar von Experten beraten, die beispielsweise zu Kabinettsitzungen geladen werden. Ich erinnere des Weiteren an die Einsetzung des Bayerischen Ethikrats. Die Mitglieder repräsentieren das gesamte Spektrum ethisch relevanter Bereiche aus Theologie, Naturwissenschaft, Philosophie, Soziologie und Ökonomie in herausragender Weise.

Meine Damen und Herren, der starke Rückhalt in der bayerischen Bevölkerung zeigt, dass die Menschen die Politik nachvollziehen und mittragen. Wir haben in diesen Tagen Besseres zu tun, als Tabellen auszufüllen.

Lassen Sie mich noch kurz etwas zu dem Dringlichkeitsantrag der FDP sagen. Ich trenne diese beiden Anträge bewusst argumentativ, da jeweils eine andere Motivation dahintersteckt. Bei der AfD geht es darum, Zweifel und Misstrauen zu schüren, bei der FDP um die Herstellung von Akzeptanz.

Unserer Meinung nach wurde bisher transparent kommuniziert. Ich kann aus Erfahrung sprechen, da ich zu Beginn der Pandemie Bürgermeister war. Wir wurden über die staatlichen Stellen – Regierung, Landrats- und Gesundheitsämter usw. – jederzeit ausführlich informiert, sodass wir wiederum die Bevölkerung informieren konnten. All dies haben wir regelmäßig dokumentiert.

Die Aussage des Gesundheitsministeriums, es sei nicht möglich, eine Behördenakte vorzulegen, die ein umfassendes Bild über die entscheidungsrelevanten Erkenntnisse liefern könnte, kann ich nachvollziehen. Ich möchte aber festhalten, dass jederzeit ein individuelles Bild nachvollzogen werden kann. Sonst könnten auch Gerichte nicht entscheiden, und bei über 90 % der Gerichtsentscheidungen liegen wir richtig. Man kann immer noch mehr informieren und das Informieren empfehlen, aber ich halte es für ausreichend. Wir lehnen daher beide Anträge ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. – Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Plenk. Bitte, Herr Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Brandl, die von Ihnen angesprochenen Experten und Wissenschaftler haben offensichtlich nicht dazu ausgereicht, dass man im Berchtesgadener Land zu einer anderen Aussage kommt, als dass es sich dort um ein diffu-

ses Infektionsgeschehen handelt. Meine konkrete Frage ist, wie man auf diese Lockdown-Maßnahmen kommt. Ich kann mit Sicherheit davon ausgehen, dass im Berchtesgadener Land möglicherweise in Freilassing ein höheres Infektionsgeschehen stattfindet, aber hinten in Ramsau oder Schneizlreuth eben nicht. Trotzdem müssen die Personen in den zuletzt genannten Gemeinden jetzt auch vierzehn Tage im Lockdown verharren. Wie stehen Sie dazu?

Alfons Brandl (CSU): Ich sehe das Ganze wie damals als Bürgermeister auch. Es bedarf immer einer individuellen, taggleichen Entscheidung. Wissenschaftliche Erkenntnisse sind wichtig, aber es handelt sich um eine Pandemie. Eine solche haben wir noch nie gehabt, und wir werden sie hoffentlich nicht mehr haben. Wir werden gut durchkommen, aber in dem Bereich ist es wichtig,

(Zuruf)

flexibel entscheiden zu können, und das macht die Staatsregierung. Solche Entscheidungen wird es regional immer wieder geben.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Singer.

Ulrich Singer (AfD): Herr Kollege Brandl, ich bin der Meinung, dass die Folgen einer Therapie nicht schlimmer sein dürfen als die Krankheit selbst. In dem konkreten Fall bei uns bin ich der Meinung, dass die Folgen der Corona-Maßnahmen wesentlich schlimmer waren als die Krankheit selbst. Wir erleben – und werden das in den nächsten Jahren auch sehen – Suizide infolge dieser Maßnahmen. Wir erleben Menschen, bei denen die Existenzen weggebrochen sind und die verzweifelt sind. Menschen sind in Einsamkeit gestorben. Ich halte das alles für unerträglich.

Ganz konkret möchte ich Sie jetzt fragen, wie Sie dazu stehen, dass momentan jeden Tag Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen oder wegen einer Behinderung keine Maske tragen dürfen und davon befreit sind, täglich ausgegrenzt und diskrimi-

nirt werden – ob beim Tankvorgang, beim Betreten eines Restaurants oder eines Geschäfts. Überall werden sie ausgegrenzt, diskriminiert und angefeindet. Wie stehen Sie dazu?

Alfons Brandl (CSU): Ich sehe das auch wieder aus der Erfahrung eines Bürgermeisters eines Ortes mit 8.000 Einwohnern. Wenn es bestimmte Dinge zu regeln gibt, dann muss man es richtig kommunizieren. So wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus. Wenn ich trotz restriktiver Maßnahmen Zuversicht vermittele, dann kann ich die Bevölkerung davon überzeugen, dass wir es gemeinsam schaffen werden und dass es diese Restriktionen braucht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke.

(Unruhe)

Alfons Brandl (CSU): Gibt es noch etwas?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nein. Damit sind die Zwischenbemerkungen abgeschlossen. Vielen Dank.

(Unruhe)

Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Christina Haubrich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Den Wunsch nach mehr Transparenz verstehen wir. Da enden aber dann auch schon wieder unsere Gemeinsamkeiten. Wir haben zu diesem Thema Anfragen gestellt. Ihr Antrag ist dagegen einfach unglaublich. Sie bieten seit Monaten Verschwörungstheoretikern und Corona-Leugnern einen Nährboden, und dieser Antrag ist weiteres Düngemittel dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Argumentation ist wirklich an der Schmerzgrenze. Sie sagen, dass das Gesundheitssystem nicht überlastet sei und noch ausreichend Betten vorhanden seien. Deutschland ist zwar sehr gut mit Betten ausgestattet, aber wir wissen doch alle, dass eine Überlastung des Gesundheitssystems nicht mit dem ausreichenden Vorhandensein von Intensivbetten abgefrühstückt werden kann. Falls Sie es noch nicht mitbekommen haben: Es braucht auch Personal, also Menschen, die Corona-Infizierte behandeln können. Es braucht auch ausreichend Schutzkleidung und Material, um die Erkrankten behandeln zu können. Dass wir keine vollen Betten haben, ist etwas Positives. Das wollen wir jetzt hier mal festhalten.

Unser System ächzt an anderer Stelle. Die Gesundheitsämter kommen kaum noch mit der Kontaktverfolgung nach. Schulen müssen täglich neue Klassen in Quarantäne schicken und haben einen organisatorischen Wahnsinn auszuhalten. Wollen Sie mir ernsthaft weismachen, dass Corona gar nicht so schlimm sei? – Sie zweifeln in Ihrem Antrag an einer zweiten Welle. Das können Sie nicht ernst meinen.

(Zuruf: Doch!)

Verschließen Sie wirklich die Augen vor den weltweit massiv steigenden Infektionszahlen? Ich zitiere aus der Begründung Ihres Antrags: "[...] die ganze Bevölkerung [wird] in Geiselhaft genommen [...]." Welche Geiselhaft? Das Tragen von Masken? Eine Zeit lang auf den geselligen Abend am Stammtisch zu verzichten? – Damit retten wir Leben! Wir schützen viele vor Langzeitschäden. Niemand beschwört eine zweite Welle herauf; aber wir steuern auf einen zweiten Lockdown zu. Und nicht ohne Grund! Also denken Sie mal über die Dringlichkeit des Maskentragens nach, anstatt das Grundgesetz zu strapazieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Dr. Fabian Mehring, FREIE WÄHLER-Fraktion, auf.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren von der AfD, Sie sehen mich angesichts des Antrags, mit dem Sie uns da beglücken, einigermaßen ratlos; denn selbst wenn man bereit wäre, die Diktion, die Interpunktion und die Rechtschreibfehler, die darin enthalten sind, geflissentlich auszublenken, wäre es immer noch so, dass er sich eher für ein Kabarett als für eine parlamentarische Befassung eignet, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie erklären uns allen Ernstes wortreich über zweieinhalb Seiten, in der Kürze zusammengefasst, dass die Corona-Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung sinnbefreit und abzuschaffen wären und wir uns keine Sorgen machen müssten über die Auslastung der Intensivbetten. Sie begründen das damit, dass der aktuelle sprunghafte Anstieg der Inzidenz durch mehr Tests begründet werde. Das gipfelt im schon zitierten Zitat, man könne klar erkennen, dass es sich um eine "künstlich erzeugte ‚Labor-Pandemie‘" handelt.

So weit, so gut. Dieses Ausmaß an Unsinn sind wir von Ihrer Seite, von rechts außen, zwischenzeitlich gewohnt. Neu ist bei diesem Antrag aber eines, nämlich dass Sie den Beleg für die Unsinnigkeit Ihrer eigenen Forderungen dieses Mal gleich mitliefern. Denn in der Begründung Ihres Antrags findet sich auch eine Tabelle, aus der jeder durchschnittlich begabte Grundschüler erkennen kann, dass sie damit die eigenen Thesen widerlegen. Sie listen nämlich die Anzahl der Tests auf und kommen zu dem Ergebnis, dass im Juli rund 625.000 Tests zu rund 3.000 positiven Ergebnissen geführt hätten und im Oktober rund 524.000, also weniger Tests, zu 8.344, also mehr als doppelt so vielen positiven Fällen, und schreiben dann noch selbst in diesen Antrag hinein, dass die Positivrate von 0,5 auf 1,59 gestiegen sei, das heißt also eine Verdreifachung – so schreiben Sie es Ihrem eigenen Antrag – der Infektionsquote, an der Sie anschließend festmachen wollen, dass wir die Maßnahmen, unter deren Maßgabe die Verdreifachung stattfand, doch bitte zurückfahren sollen. Entschuldigung, meine

Damen und Herren von der AfD: Da beweisen Sie genau eines, nämlich wofür AfD steht: Sie sind "Absurde Fake-News-Demagogen", und sonst gar nichts.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Genauso absurd ist Ihre Forderung danach, dass diese Staatsregierung Sie jetzt, wann immer sie sich mit Experten zu Corona austauscht, auf elektronischem Wege, also per E-Mail, darüber benachrichtigen müsste. Ich weiß nicht, wie Sie sich das vorstellen. Die ganze Welt forscht im Moment an diesem Thema, und alle Mitglieder der Staatsregierung tauschen sich quasi rund um die Uhr – Gott sei Dank – mit Expertinnen und Experten aus. Ich biete Ihnen gerne an: Sie können sich per E-Mail an uns wenden, wenn Sie beispielsweise mal wieder keine Tagesordnung zustande bringen oder wenn Ihre Fraktionschefin handgreiflich wird. Die Staatsregierung aber hat einen anderen Auftrag: Wir sorgen dafür, dass Bayern gut durch die Krise kommt, und schreiben keine E-Mails an die AfD. Meine Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

In aller Kürze zum Antrag der FDP: Auch der ist abzulehnen, weil er mich etwas verwirrt. Ich war heute Früh Zeuge einer Aussprache zur Regierungserklärung, in der dem Ministerpräsidenten zur Last gelegt worden ist, er würde zur Selbstinszenierung neigen, zu viele Pressekonferenzen geben und die Öffentlichkeit durch ständige Präsenz entnerven. Jetzt wird hier beantragt, die Öffentlichkeit sei zu wenig informiert und die Staatsregierung müsse mehr Öffentlichkeitsbeteiligung durchführen. Auch das kann wohl kaum ernst gemeint sein. Wir reden nachher bei einem anderen Tagesordnungspunkt noch über Parlamentsbeteiligung. Da bringt die FDP einen Punkt, den sich auch unsere Regierungsfraktion zu eigen macht. Ich glaube, die Öffentlichkeit ist wirklich hinreichend informiert. Zunächst zu sagen, es sei zu viel, und dann fünf Stunden später zu sagen, das sei zu wenig, ist ein bisschen dürftig. Demzufolge ist auch das abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege Mehring, kommen Sie bitte noch mal. Wir hatten noch rechtzeitig die Anmeldung einer Zwischenbemerkung des Kollegen Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Herr Mehring, ich weiß zwar nicht, was Sie genommen haben, aber egal was, ich möchte das auch!

(Zuruf)

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Stadler, war es das schon?

(Heiterkeit)

Ralf Stadler (AfD): Ja, das war's!

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ein weiterer substanzierter Beitrag! – Ich sage Ihnen vielleicht, wenn Sie mir schon die Redezeit verlängern, wo Ihr Antrag ganz gut hinpasst; denn ich bin ja so eingestiegen, dass er nicht ins Parlament passt. Möglicherweise passt er ja gut auf eine Veranstaltung, über die man derzeit im Internet relativ viel lesen kann. Vielleicht probieren Sie es einmal auf einem der vielen volkstümlichen Musikabende des "Edelweissprinzen" in der Germaniastraße, wo es um deutsches Liedgut geht. Vielleicht hat man dort Verständnis für Sie. Im Bayerischen Landtag jedenfalls hat man das nicht.

(Zurufe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Florian Ritter, SPD-Fraktion.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten heute im Bayerischen Landtag eine ausgesprochen lebhaft Diskussions über die ganzen Abwägungsfragen, die sich in der Corona-Krise auftun. Bei diesen Abwägungsfragen geht es durchaus sehr weit auseinander zwischen den Fraktionen bis hin zu der Frage: Was ist Aufgabe des Parlaments, was ist Aufgabe der Regierung?

Aber bei einem ganz grundsätzlichen Punkt sind wir durchaus beieinander, zumindest die demokratischen Parteien hier in diesem Hause,

(Zuruf)

nämlich in der Auffassung, dass die Corona-Pandemie existiert und dass die Menschen, die sich eine Infektion einfangen, tatsächlich an Gesundheit und Leben bedroht sind. Das ist die eine Tatsache. Die zweite Tatsache ist: Die Menschen haben das Recht, dass sich die Politik darum kümmert, dass sie vor Infektion geschützt werden und dass wir Maßnahmen ergreifen, die die Menschen schützen können. Dazu muss das Gesundheitssystem vor Überlastung geschützt werden.

Die dritte Tatsache, bei der sich die demokratischen Fraktionen einig sind und über die sie diskutieren, bestreitet die AfD seit Monaten. Die AfD bestreitet die Existenz der Pandemie und die Notwendigkeit des Schutzes des Gesundheitssystems und auch der Menschen, obwohl dies alles nachlesbare wissenschaftliche Erkenntnisse sind. Nein, ich gehe sogar noch weiter: Sie müssen noch nicht mal wissenschaftliche Abhandlungen lesen, um zu begreifen, dass das tatsächlich so ist.

Die AfD, die all das bestreitet, kommt jetzt daher, nachdem sie monatelang eine Desinformationskampagne betrieben hat, die ihresgleichen sucht, nachdem sie monatelang gehofft hat, sich einen parteipolitischen Vorteil erarbeiten zu können, indem sie den Menschen einredet, sie müssten sich und ihre Nächsten nicht schützen. Für einen erhofften politischen Vorteil setzt sie Menschenleben aufs Spiel. Diese AfD kommt her und will jetzt plötzlich "informiert" werden. Das ist tatsächlich spannend. Sie hatten monatelang Zeit, sich über die Tatsachen zu informieren, über die wir hier reden. Wenn ich mir dann anschau, was Sie da alles haben wollen – wissenschaftliche Erkenntnisse, die allgemein zugänglich sind, bis hin zu Zeitungsartikeln, die man Ihnen zustellen soll –, dann frage ich mich schon: Lesen können Sie das selber? Oder müssen wir es Ihnen auch noch vorlesen?

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ja, wir brauchen tatsächlich mehr Informationen, und wir brauchen mehr Aufklärung auch für die Bevölkerung gerade vor dem Hintergrund solcher Desinformationskampagnen.

Weil der Antrag der FDP auf Aufklärung aus ist, werden wir dem zustimmen. Aber was den Antrag der AfD betrifft – da führt tatsächlich kein Weg hin. Wir werden am Ende hier in diesem Haus keine Diskussionen mit Ihnen darüber führen, warum renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und keine veganen Köche oder andere C-Promis aus dem Krawallfernsehen von der Bayerischen Staatsregierung oder vom Landtag angehört worden sind. Wir werden Ihren Antrag daher mit Überzeugung ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich frage kurz nach: War das eine Zwischenbemerkung oder nicht? – Danke. Ich rufe den nächsten Redner Herrn Staatssekretär Klaus Holetschek auf.

Staatssekretär Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte muss einen eigentlich fassungslos machen. Die Debatte, die Sie hier aufziehen, ist ein Schlag ins Gesicht all derjenigen Menschen, die an Corona gestorben sind oder einen damit infizierten Angehörigen verloren haben. Es ist ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die in den Pflegeheimen und Krankenhäusern dafür kämpfen, Menschenleben zu retten. Sie sollten sich schämen.

(Zuruf)

Sie sollten sich schämen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf: Bravo!)

Sie spalten die Gesellschaft. Sie sind die Verschwörer.

(Unruhe)

Sie sind diejenigen, die Dinge erzählen, die nicht der Wahrheit entsprechen. Sie halten sich nicht an die Fakten. Sie sprechen nicht mit Ärzten und Virologen.

(Zuruf)

Sie befassen sich nicht mit den Ergebnissen des RKI und des LGL. Sie haben keinen Ethikrat, der Sie berät. Ihre alleinige Maxime ist, politisches Kapital aus dieser Pandemie schlagen zu wollen. Das ist entlarvend.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Sie legen hier heute im wahrsten Sinne des Wortes Ihre Maske ab. Sie legen Ihre Maske im wahrsten Sinne des Wortes ab. Sie wollen die Menschen verunsichern und ihnen Dinge nahebringen, die offensichtlich nicht stimmen.

(Zurufe)

Eines will ich Ihnen an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Verantwortung ist etwas anderes, meine Damen und Herren!

(Unruhe)

Verantwortung heißt Handeln für die Menschen in diesem Land. Das hat diese Regierung mit Ministerpräsident Markus Söder an ihrer Spitze von Anfang an getan. Verantwortung heißt, etwas Schlimmes zu verhindern. Das war die Maxime. Wissen Sie, was Sie fordern? – Aktenordner, meine Damen und Herren.

(Zuruf)

Sie fordern in diesem Land Aktenordner, die sich sowieso schon an anderer Stelle türmen. Das fordern Sie, anstatt zu fragen: Wie können wir Menschenleben retten? Wie können wir verhindern, dass die Triage in die Krankenhäuser einzieht?

(Zuruf)

Was Sie hier machen, ist entwürdigend! Ich kann es nicht anders sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es ist so entwürdigend! Sie gehören nicht in dieses Haus! Das will ich Ihnen noch einmal ganz deutlich sagen.

(Zurufe)

Jetzt wäre der Zeitpunkt rauszugehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Anhaltende Unruhe)

Jetzt wäre der Zeitpunkt zu gehen.

(Zurufe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr, – –

Staatssekretär Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Sie entlarven heute wieder einmal, dass Sie ein falsches Verständnis von diesem Staat haben.

(Zurufe – Anhaltende Unruhe)

Wieder einmal an dieser Stelle.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr, – –

Staatssekretär Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Da nützt Ihnen auch das Schreien nichts!

(Zurufe)

Wieder einmal entlarven Sie sich. Wieder einmal fällt die Maske runter.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Sehr geehrter Herr Holetschek, – –

Staatssekretär Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Das ist, was die AfD auszeichnet. Das ist ihr wahres Gesicht.

(Anhaltende Unruhe)

Menschenleben zu retten, ist die Maxime in dieser Lage! Dieser Verantwortung haben wir uns alle gestellt. Wir werden das deswegen auch in Zukunft tun. Wir werden nicht zulassen, dass Sie dies kaputtmachen und dass Sie diese Verantwortung aushebeln.

(Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns an dieser Stelle weiter gemeinsam daran arbeiten, Menschenleben zu schützen. Lassen Sie uns auf die Aussagen von Ärzten, Medizinern und Wissenschaftlern vertrauen. Lassen Sie uns dies gemeinsam diskutieren, bewerten und abwägen. Das gehört dazu. Aber lassen Sie nicht zu, dass die Seite dort drüben das kaputtmacht! Diejenigen, die Menschen durch die Pandemie verloren haben, müssen beim Verfolgen dieser Debatte wirklich traurig sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zuerst in einfacher Form über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/10733 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD und der FDP und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Enthaltungen? – Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/10703. Als Abstimmungszeit stehen 3 Minuten zur Verfügung. Die Abstimmung ist nun für 3 Minuten freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 21:45 bis 21:48 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit für die Abstimmung ist um. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird später bekannt gegeben.

(...)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Kathrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Offenlegung der Entscheidungsgrundlage für die Durchführung der Corona-Maßnahmen in Bayern", Drucksache 18/10703, bekannt. Mit Ja haben 17 Abgeordnete, mit Nein haben 94 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: eine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 21.10.2020 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer u. a. und Fraktion AfD; Offenlegung der Entscheidungsgrundlage für die Durchführung der Coronamaßnahmen in Bayern (Drucksache 18/10703)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Fackler Wolfgang		X	
Adje Benjamin				Dr. Faltermeier Hubert			
Aigner Ilse				Fehlner Martina			
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias		X	
Arnold Horst		X		Flierl Alexander		X	
Aures Inge				Flisek Christian			
				Franke Anne			
Bachhuber Martin				Freller Karl			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Hans		X	
Bauer Volker				Friedl Patrick			
Baumgärtner Jürgen				Fuchs Barbara			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Füracker Albert			
Bayerbach Markus	X						
Becher Johannes		X		Ganserer Tessa		X	
Becker Barbara		X		Gehring Thomas		X	
Beißwenger Eric		X		Gerlach Judith			
Bergmüller Franz	X			Gibis Max		X	
Blume Markus				Glauber Thorsten			
Böhm Martin	X			Gotthardt Tobias			
Bozoglu Cemal				Gottstein Eva		X	
Brandl Alfons		X		Graupner Richard	X		
Brannekämper Robert				Grob Alfred		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald		X	
von Brunn Florian		X		Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus							
Busch Michael				Häusler Johann		X	
				Hagen Martin			
Celina Kerstin				Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Dr. Cyron Anne				Halbleib Volkmar		X	
				Hanisch Joachim			
Deisenhofer Maximilian				Hartmann Ludwig			
Demirel Gülseren		X		Hauber Wolfgang		X	
Dorow Alex				Haubrich Christina		X	
Dremel Holger		X		Henkel Uli	X		
Dünkel Norbert		X		Herold Hans			
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin	X			Dr. Herz Leopold		X	
Eck Gerhard				Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra			
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes			
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias				Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul			
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Köhler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus			X
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika			
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter			
Toman Anna			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	17	94	1